

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 30. Ratssitzung vom 14. Dezember 2018

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2018/351, Antrag 116 und Postulat GR Nr. 2018/56

Gemeinsame Behandlung der Anträge 116. und 117. (Postulat GR Nr. 2018/56).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Albert Leiser (FDP) begründet den Antrag der Mehrheit, stellt zum Postulat einen Textänderungsantrag und begründet diesen: Beim Antrag 116. spricht sich die Mehrheit für die Erhöhung der Wintermantelzulage um 2,6 Millionen Franken aus. Dass wir mit dem Textänderungsantrag zum Postulat die SP links überholen, mag vielleicht irritieren. Die FDP als Wirtschaftspartei hat aber auch eine hohe Sozialkompetenz. Etwa 13 000 AHV-Bezüger erhalten zusätzlich Ergänzungsleistungen. Als noch Dr. Werner Sieg (SP) Teil des Gemeinderats war, achteten wir stets darauf, dass das Personal Lohnerhöhungen erhielt und dass die Wintermantelzulagen gestützt werden. Gleichzeitig verlangten wir eine Steuerreduktion von drei Prozent. Das funktionierte stets. Bei der Textänderung verändern sich lediglich die Zahlen: So sollen die Menschen mit 500 statt 400 Franken, respektive mit 750 statt 600 Franken unterstützt werden.

Samuel Balsiger (SVP): Wenn in der Politik ein Problem betrachtet wird und dabei der Anfang des Problems gesucht wird, steht dort stets der Staat. Der Staat ist immer die Auslösung aller Probleme, die wir hier diskutieren. Die Bevölkerung wuchs um 16 Prozent, während die Ausgaben um 24 Prozent wuchsen. Für Steuersenkungen und für die Entlastung der Bevölkerung hätten wir kein Geld, wird argumentiert, während gleichzeitig Gutmenschen-Anliegen eingebracht werden, mit denen sie sich profilieren wollen. Eine Steuersenkung entspräche einer tatsächlichen Entlastung der Rentner. Der Kassensturz analysierte, wie sich die Steuerbelastung der Rentner zwischen den Jahren 1994 und 2014 entwickelte. Bei tiefen Einkommen bezahlen die Rentner 51 Prozent mehr Steuern, bei mittleren Einkommen bezahlen sie 38 Prozent mehr. Weil hier stets dem Irrsinn zugestimmt wird, während gleichzeitig behauptet wird, dass kein Geld für die Entlastung der Bevölkerung vorhanden ist, leiden die Menschen. Darum machen die Gutmenschen-Profilierungsanträge keinen Sinn. Wir schwimmen im Geld, das der Kapitalismus erwirtschaftet. Während wir einerseits über kein Geld zur Entlastung verfügen, geben wir andererseits hunderte Millionen Franken für Profilierungsprojekte aus. Anstelle eines Überholens von links müssen wir einen bürgerlichen Weg beschreiten, den Staat beschneiden, mehr Freiheit gewähren sowie den Mittelstand und die Rentner entlasten.

Florian Utz (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3762/2018): Unsere Stadt ist erfolgreich. Gleichzeitig kommt der Erfolg nicht bei allen Menschen im gleichen Ausmass an, nicht alle spüren den wirtschaftlichen Erfolg der Stadt. Auch in Zürich gibt

es viele Menschen, unter anderem solche, die Ergänzungsleistungen beziehen, bei denen jeder Franken zählt. Uns allen ist es ein Anliegen, dass Zürich wirtschaftlich stark ist. Auch ist es uns erfreulicherweise zusammen mit dem Freisinn ein gemeinsames Interesse, dass alle Zürcherinnen und Zürcher an diesem Erfolg in einem gewissen Umfang partizipieren können. Mit dem Postulat fordern wir die Erhöhung der Wintermantelzulage, weil damit sehr zielgerichtet finanziell entlastet werden kann. Da das Postulat bis zur Budgetdebatte nicht behandelt wurde, beantragten wir die gleichzeitige Behandlung und setzten einen Betrag in das Budget ein, das die Forderung deckt. Dem Textänderungsantrag begegnen wir natürlich sehr erfreut, die im Postulat geforderte Erhöhung schätzten wir damals als mehrheitsfähig ein, was nun offensichtlich zu tief war. Die Verbesserung um nun 200 respektive um 300 Franken bedeutet für die betroffenen Menschen eine sehr viel grössere Entlastung als eine Steuerreduktion von drei Prozent.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Die FDP fordert eine Steuersenkung in der Höhe von 60 Millionen Franken, von der vor allem die Reichen profitieren. Im Gegensatz dazu ist sie bereit, für 13 000 Menschen 2,6 Millionen Franken einzusetzen. Diese soziale Politik der FDP muss man sich auf der Zunge vergehen lassen. Die Wintermantelzulage geht auf einen Gemeindebeschluss aus dem Jahr 1929 zurück. Der Gemeindebeschluss wurde in der Zusatzleistungsverordnung (ZLV) konkretisiert, wo beschrieben wird, dass neben den Gemeindebeiträgen, 39 Millionen Franken, die Einmalzulage bezahlt werden kann. Der Maximalbetrag liegt bei einem Viertel des Gemeindegzuschusses, was 1444 Franken entspricht. Ginge man von diesem Beitrag aus, entspräche die Erhöhung 12,5 Millionen Franken. Heute besteht das Problem, dass die Gemeindegzuschüsse und die Einmalzulage das letzte eines bedingungslosen Beitrags an Menschen sind, die sozial sehr knapp unterwegs sind. Es ist aber nicht mehr so, wie im Jahr 1929, als es sich nur um Menschen handelte, die betagt sind. Der Beitrag war für diese Menschen überlebensnotwendig. Heute gibt es viele andere Gruppen, die auf solche bedingungslosen Zuschüsse angewiesen wären: Working Poor, die nicht Sozialhilfe beziehen wollen oder können, oder Alleinerziehende, die immer wieder in einer Lebenssituation sind, in der sie Notwendiges nicht mehr bezahlen können. Interessant wäre, wenn die Rechtsgrundlagen angepasst würden und somit ein tatsächlicher Ausgleich geschaffen werden kann. Es würde komplizierter werden, weil das Attraktive der Wintermantelzulage und an den Gemeindegzuschüssen ist, dass die Beiträge praktisch ohne administrativen Aufwand ausbezahlt werden. Der vorliegende Kompromiss kann nicht als grossartiger Deal dargestellt werden.

Rolf Müller (SVP): Die SVP unterstützt das Postulat. Es geht in die richtige Richtung; es ist wichtig, dass auch heute den Ärmsten der Stadt die Wintermantelzulage ausbezahlt wird. Alles verteuerte sich massiv, darum begrüssen wir auch eine entsprechende Erhöhung der Zulage. Das ist sinnvoll und der finanzielle Spielraum ist vorhanden, auch wenn es Zürich nicht wie im Postulat beschrieben «sehr gut» geht.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Auch wir unterstützen das Postulat und den Antrag.

Wir sprechen hingegen nicht vom sozialen Ausgleich. Mit diesen wenigen Franken ist die klaffende Schere zwischen Arm und Reich noch lange nicht geschlossen. Das Anliegen ist aber sympathisch und gerade in Betracht der sich dauernd erhöhenden Lebenshaltungskosten ist es für die betroffenen Menschen immer noch ziemlich existenziell wichtig, diese Franken wenigstens einmal pro Jahr zu erhalten. Es betrifft die Menschen, die ohne Ergänzungsleistungen und Gemeindegeldzuschüsse unter dem Existenzminimum leben würden. Wir sollten auch bedenken, dass es Menschen gibt, die, wie das Walter Angst (AL) ausführte, keine Sozialhilfe beziehen können und genauso schlecht dran sind. Auch gibt es vor allem Sozialhilfebezüglerinnen, die genauso eng leben, keine Gemeindegeldzuschüsse erhalten und ebenso auf die Beiträge angewiesen wären.

Markus Baumann (GLP): *Wir unterstützen den Antrag des Stadtrats, weil wir davon ausgehen, dass er das korrekt beurteilt und einschätzt. Wir sind nicht gegen die Wintermantelzulage, aber wie bereits mehrmals gesagt wurde, handelt es sich um ein ausserordentlich altes Instrument, das vielleicht nicht mehr zeitgemäss und zielführend ist. Als Grünliberale sind wir der Meinung, dass das System diskutiert werden muss. Uns schwebt eine Grundsatzdiskussion bezüglich des sozialen Existenzminimums vor; der materielle Grundbedarf in Zürich wuchs. In dieser Diskussion müssen auch die Working Poor berücksichtigt werden. Diesen Kuhhandel will die GLP nicht eingehen, auch weil er keiner Nachhaltigkeit entspricht.*

Michael Schmid (FDP): *Von Kuhhandel kann nicht die Sprache sein: Im Gegenzug für unsere Unterstützung verlangen oder bekommen wir nichts von der SP. Es entspricht unserer Überzeugung, den Textänderungsantrag zu stellen. Von einer Steuerfusssenkung, dies als Bemerkung zum Votum von Walter Angst (AL), profitieren nicht nur die Reichen, sondern alle Steuerzahlenden anteilmässig genau proportional gleich. Die Basis für das, was wir hier tun, sind die Steuerzahlenden, die Unternehmen und natürlichen Personen, dank denen wir die grosszügigen Geschenke verteilen können.*

Samuel Balsiger (SVP): *Die Ausgaben stiegen im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum um einen Drittel stärker. Das Budget stieg seit dem Jahr 2005 von 7 Milliarden auf 8,7 Milliarden Franken. Es stieg um einen Drittel zu stark, weil sich eine Seite profiliert und auslebt. Das sind 561 Millionen Franken, die in jedem Jahr zu viel ausgegeben werden. Was in diesen Jahren fehlte, sind Zurückhaltung, das Hinterfragen von Projekten und die Senkung von Kosten. Hätte sich der Gemeinderat an dieses Gebot gehalten, könnten wir diese 33 Prozent der Bevölkerung zurückgeben. Die Rentner bezahlen seit dem Jahr 1994 51 Prozent mehr an Steuern. Diese wenigen Franken, die mit der Wintermantelzulage gesprochen werden, verblissen gegenüber dem Raubzug des Staates auf die Bürger. Der Staat steht am Anfang aller Probleme und die Mehrheit im Gemeinderat repräsentiert diesen Staat.*

Florian Utz (SP): *Die SVP möchte zwar dem Postulat zustimmen, die dafür notwendigen Mittel aber nicht gewähren. Aus ihrer Sicht stellen die 200 respektive 300 Franken keinen bedeutenden Vorteil gegenüber einer Steuersenkung von drei Prozent*

dar, während eine solche aber beim städtischen Medianeinkommen lediglich eine Steuererleichterung von 48 Franken bedeuten würde. Für die Menschen, die den Wintermantelzuschlag erhalten, würde eine Steuersenkung von drei Prozent wohl weniger als zehn Franken bedeuten. Die GLP fordert die Systemdiskussion und will die 200 und 300 Franken nicht sprechen. Eine Systemdiskussion ist jederzeit zu halten, das sollte uns aber nicht davon abhalten, die Lebensumstände von Menschen zu verbessern. Die Bevölkerung verlangt eine pragmatische Politik von uns, was bedeutet, dass wir ihre Lebensumstände verbessern sollen, wenn wir das können – dies auch unabhängig von der Mehrheitskonstellation. Es handelt sich nicht um einen Kuhhandel mit der FDP, sondern um eine Einigung; der Steuerreduktion stimmen wir nicht zu. Uns ist klar, dass wir mit diesem Antrag Ungleichheiten nicht aus der Welt schaffen können. Aber wir verbessern die Lebensumstände der Betroffenen. Für sie sind 200 oder 300 Franken sehr viel Geld.

Roger Bartholdi (SVP): Wir unterstützen das Postulat, aber nicht den Antrag – aus gutem Grund. Solche gemeinsamen Behandlungen sollten nicht zugelassen werden. Mit einem Postulat wird dem Stadtrat Zeit gegeben, etwas auszuarbeiten. Das kann er dann beispielsweise in Form einer Weisung uns vorlegen und wir können das dann in der Kommission und schliesslich im Gemeinderat diskutieren. Diese Durchmischung lehnen wir ab. Die SVP war zusammen mit den Grünen stets die Gralshüterin der Wintermantelzulagen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Dass das Thema Wintermantelzulage anstand, war uns bewusst. Ich persönlich hätte gewartet, bis die Diskussion der EL-Reform auf nationaler Ebene abgeschlossen wird. Dann kann ein Gesamtpaket bezüglich des Umgangs mit Zusatzleistungsbezügern in der Stadt in Anbetracht des Übergeordneten diskutiert werden. Die Diskussionen wurden dem Thema nur zum Teil gerecht. Diverse soziale Herausforderungen bestehen in unserem Land und in unserer Stadt. Die Ergänzungsleistungen sind nicht der einzige Bereich mit Handlungsbedarf. Auch wenn es bereits älter ist, haben wir ein ausgezeichnetes System. Zusätzliche Diskussionen hingegen stehen an: Wie können wir den Risiken von heute besser begegnen? Ergänzungsleistungen für Working Poor-Familien sind ein Thema davon. Die Diskussionen finden nicht nur in diesem Saal und auf Stadtebene statt und ich wünsche mir, dass in den nationalen und kantonalen Diskussionen genauso intensiv Position bezogen wird.

S. 364 55
5515
3637 26 000

SOZIALDEPARTEMENT
Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV
Gemeindezuschüsse

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
116.	Antrag Stadtrat			42 857 200	Minderheit	Peter Schick (SVP), Shaibal Roy (GLP)

5 / 6

2 600 000	45 457 200	Mehrheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit

Begründung: Erhöhung der Wintermantelzulage

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

702. 2018/56

Postulat der SP-Fraktion vom 07.02.2018:

Erhöhung der «Wintermantelzulage» für Alleinstehende, Ehepaare sowie Alleinstehende mit Kindern

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Florian Utz (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3762/2018).

Peter Schick (SVP) zieht den namens der SVP-Fraktion am 7. März 2018 gestellten Ablehnungsantrag zurück.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Albert Leiser (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie "Wintermantelzulage" für Alleinstehende auf ~~400~~ 500 Franken und für Ehepaare sowie Alleinstehende mit Kindern auf ~~600~~ 750 Franken erhöht werden kann.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2018/351, Beschluss-Nr. 692/2018, Antrag Nr. 117.

Florian Utz (SP) ist mit der Textänderung einverstanden.

6 / 6

Das geänderte Postulat wird mit 93 gegen 29 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat